



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Frau Renate Warnecke
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und
Bildung

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie SylviaMeyer
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563-62 04
Fax (0202) 59 64 88
E-Mail sylvia.meyer@gruene-wuppertal.de
Datum 20.09.2011

Antrag

Drucks. Nr. VO/0781/11
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
27.09.2011	Ausschuss für Schule und Bildung
10.10.2011	Hauptausschuss
10.10.2011	Rat der Stadt Wuppertal

Kein Abschluss ohne Anschluss

Vorbereitung auf den Doppel-Abiturjahrgang Ende des Schuljahres 2012/13

Sehr geehrte Frau Warnecke,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wenn zum Ende des Schuljahrs 2012/2013 die SchülerInnen des Doppel-Abiturjahrgangs der Gymnasien ihre Zeugnisse in der Tasche haben, werden mehr Studien-, Ausbildungs- und Berufskolleg-Plätze benötigt als in den vergangenen Jahren. Für NRW werden im Vergleich zum Vorjahr 50.000 zusätzliche Studienberechtigte prognostiziert. Die Bergische Universität Wuppertal wird allein aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht in 2011 und 2012 jeweils 200 zusätzliche Studierende aufnehmen.

Um die überdurchschnittlich hohe Zahl an SchulabgängerInnen und deren Wünsche für ihre berufliche Zukunft so weit wie möglich zu unterstützen, muss sich auch die Stadt Wuppertal entsprechend vorbereiten.

Deshalb beantragt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Ausschuss für Schule und Bildung, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt mögen folgenden Beschluss fassen:

1. Das Regionale Bildungsbüro ist die Institution, die alle kommunalen gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zur Unterstützung von Schulen bündelt. Dadurch ist es dafür prädestiniert und wird darum gebeten, die Vorbereitung auf den Doppel-Abiturjahrgang Ende des Schuljahres 2012/13 mit dem Ziel zu koordinieren, zu erwartende Engpässe der Versorgung der SchulabgängerInnen mit einem Studien- oder Ausbildungsplatz so gering wie möglich zu halten.

2. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen alle Verantwortlichen in der Stadt wie die Verwaltung, ihre Töchter, IHK, Handwerkskammer, Jobcenter, Arbeitsagentur, Regionalagentur, Bergische Universität etc. unter Federführung des Regionalen Bildungsbüros regelmäßig beraten und dazu beitragen, ihre Planungen z.B. für überplanmäßig bereitzustellende Ausbildungsplätzen entsprechend anzupassen.

3. In Gesprächen mit VertreterInnen der Bergischen Universität soll erreicht werden, dass der zukünftig - zumindest zeitweise benötigte - zusätzliche Wohnraum für Studierende nicht nur durch Neubau, sondern überwiegend durch Umbau von bereits vorhandenen Immobilien realisiert wird.

4. Dem Ausschuss für Schule und Bildung wird regelmäßig über den Sachstand der Beratungen berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Schulz
Stadtverordneter

Regina Orth
Stadtverordnete